

Zwei Leserbriefe zum Theater in Baku

geschrieben von Chris Frey | 27. November 2024

Christian Freuer

Vorbemerkung: Hier folgen zwei Leserbriefe, die ich an meine Zeitung geschrieben habe, beide zum Thema „Klimakonferenz“ in Baku. Der erste datiert vom Beginn dieser komischen Konferenz mit Bezug zum entsprechenden Kommentar, der zweite mit Bezug zum Kommentar zum Ende. Der Wortlaut der Kommentare ist unwichtig, der Tenor geht aus den Briefen hervor. Der erste Brief ist natürlich nicht veröffentlicht, und ich denke, dass auch der zweite nicht durch die Redaktions-interne Zensur kommt.

Es wird demnächst im angelsächsischen Bereich sicher Beiträge dazu geben, die viel fundierter auf alles eingehen als ich mit diesen beiden Briefen, das wird auch übersetzt. Ich selbst glaube, hier nur den „gesunden Menschenverstand“ bemüht zu haben. – Ende Vorbemerkung

Zum Artikel „Planet hat keine Zeit zu verlieren“

MM Nr. 245 vom 23. Oktober 2024, Rubrik „Weltspiegel“

Sehr geehrte Redaktion,

leider widmen Sie dieser Veranstaltung in Baku wie jedes Jahr viel Aufmerksamkeit. Dabei haben die dort Versammelten nichts weiter im Sinn, als mit ihrem Krieg gegen das Kohlendioxid in der Luft das Leben auf der Erde insgesamt zu bekämpfen. Außerdem versammeln sich dort die wahren Leugner des Klimawandels. Geleugnet wird **erstens**, dass es Klimawandel schon immer gab seit die Erde selbst besteht. Geleugnet wird **zweitens**, dass es die meisten Zeit der Erdgeschichte viel wärmer war als heute (zuletzt vor etwa 1000 Jahren) mit einer eisfreien Arktis und fast gletscherfreien Alpen. Geleugnet wird **drittens** (und das finde ich am Gravierendsten), dass diese Warmzeiten grundsätzlich Zeiten waren, in denen das Leben auf der Erde aufblühte. Auch die geringe aktuelle Erwärmung hat ja laut NOAA schon zu einer zunehmenden Ergrünung der Erde geführt. Und für dieses Theater der wirklichen Klimaleugner wird auch noch sehr viel unserer Steuergelder aufgewendet.

**Zum Kommentar „Abschluss der Klimakonferenz – zäh, aber unverzichtbar“
von Marc Beyer**

MM Nr. 272 von Montag, dem 25. November 2024, Seite 2

Sehr geehrter Herr Beyer, liebe MM-Redaktion,

Sie halten es also für unverzichtbar, dass (laut Beschluss der Klimakonferenz in Baku) 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden müssen, um **erstens** etwas aufzuhalten, dass es seit Jahrtausenden und Jahrtausenden auf der Erde gibt – ununterbrochen (Klimawandel)! Dass der Mensch das aufhalten kann und will ... was für eine Hybris! **Zweitens**, es sollen 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden, um die Lebensgrundlage unseres Planeten zu bekämpfen und womöglich zu beseitigen (Kohlendioxid). Und das, obwohl es bis auf den heutigen Tag keinen einzigen Beweis dafür gibt, dass dieses Lebenselixier überhaupt die Temperatur beeinflusst! (Abgesehen von der Frage, vor wem oder was das Wetter eigentlich geschützt werden muss – und warum). Zum Begriff „Klima“: es scheint niemand zu wissen, was „Klima“ wirklich ist, nämlich nichts weiter als ein künstlich errechneter statistischer Mittelwert von Wetter über einen bestimmten Zeitraum, hier laut Festlegung der WMO 30 Jahre. Es sollen also **drittens** 300 Milliarden Euro aufgebracht werden, um 30 Jahre lang jeden Tag das Wetter zu beeinflussen! So leid es mir tut, aber wer das alles wirklich ernst nimmt, braucht einen Nachhilfe-Kurs zum Thema „gesunder Menschenverstand“. Und ich bin gespannt, ob tatsächlich auch nur ein Cent an korrupte Diktaturen in den Drittweltländern oder gar nach China fließt!

Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige in Australien

geschrieben von Andreas Demmig | 27. November 2024

Von Jo Nova

Wenn es so aussieht wie ein trojanisches Pferd, so riecht wie ein trojanisches Pferd und funktioniert wie ein Trojanisches Pferd – dann wird es auch eines sein, dass alle Erwachsenen zur Verwendung einer digitalen ID zwingt.

Stoppt der Wahlausgang die Energiewende?

geschrieben von Admin | 27. November 2024

Die Rettung der Industrie durch subventionierten Strom ist wirkungslos.

Die Energiewende muss gestoppt werden. Wird die kommende Wahl wieder zu einer realistischen Industriepolitik führen?

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Kostenblöcke jeder Fertigung sind Personal, Energie und Kapital.

Alle drei Blöcke liegen in Deutschland weit über den Kosten der internationalen Wettbewerber. Ursache ist die Energiewende zur vorgeblichen Weltklimaretterung. Ein Drittel Wind- und Solarstrom im deutschen Netz haben die Stromkosten vervierfacht und die sichere Stromversorgung geschwächt. Die Regelkosten für ein stabiles Stromnetz sind von 100 Millionen Euro jährlich auf mehr als 2 Milliarden in die Höhe geschwungen. Wachsende Abgaben auf CO₂-Emissionen verteuern Brenn- und Treibstoffe. Im nächsten Jahr sind dafür rund 15 Cent/Liter Benzin fällig. Die Heizkosten erhöhen sich für einen mittleren Haushalt um weitere 100 Euro im Jahr. Und die CO₂-Abgaben sollen noch weiter steigen.

Die Kosten der Energiewende senken die Erträge in der Wirtschaft bis hin zu Verlusten. Kapital für Investitionen fehlt. Fremdkapital wird mit abnehmenden Ertragsaussichten immer teurer. Die Gesetze und Verordnungen zur Durchsetzung der Energiewende umfassen inzwischen tausende Seiten. Sie binden Personal in den Verwaltungen der Betriebe und blähen die staatlichen Verwaltungen auf. Die Industrie ist nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich zu fertigen. Die Kosten für Energie, und in der Folge für Personal und Kapital, sind durch die Energiewende viel zu hoch.

Subventionen sind keine Lösung

Die Rezession und das immer offensichtlicher werdende Abwandern der Industrie in Länder mit einer günstigen Energieversorgung oder in die Insolvenz haben inzwischen zu Reaktionen der Energiepolitiker geführt. Durch Subventionen soll Industriestrom verbilligt werden. Doch das ist keine Lösung. Die Folgen von Subventionierung mit neuen Subventionen auszubügeln, steigert den Unsinn nur. Auch neue Subventionen bezahlen alle Bürger über ihre Steuerlast zusätzlich. Damit nehmen die Kaufkraft der Bürger und die Erträge der Wirtschaft noch weiter ab. Mit Subventionen setzt sich der Niedergang fort.

Meistern lässt sich die Misere nur, wenn die Energiepolitik grundsätzlich geändert wird. Die Versorgung muss von ideologischen Abirrungen wieder auf den Boden der Realität gestellt werden. Dazu brauchen wir in den Führungsebenen der Industrie und der Ministerien Fachleute. Ein Banker als Vorstandsvorsitzender eines großen Energieversorgers oder ein Märchendichter als Wirtschaftsminister mit Staatssekretären ohne Fachkenntnisse in der Energieversorgung sind eine Fehlbesetzung.

Welche Realitäten müssten beachtet werden?

1. Die Energiewende ist nach mehr als 20 Jahren Erprobung gescheitert. Sie führt in

den wirtschaftlichen Niedergang.

2. Kohle, Erdöl und Erdgas müssen die Grundlage für Energie und chemische

Produkte bleiben. Die Nutzung heimischer fossiler Brennstoffe muss ausgebaut

werden. Deutschland wird sonst erpressbar.

3. Energien aus fossilen und atomaren Brennstoffen sind noch für viele Jahrhunderte

vorhanden. Sie sind sicher, bezahlbar und jederzeit verfügbar. Auf ihnen beruht unser Wohlstand.

Die CDU stützt die Energiewende zur Rettung von Profiten

Doch eine Politikänderung nach der kommenden Wahl ist nicht in Sicht. Nach den derzeitigen Umfragen liegt die CDU bei gut 30 Prozent, gefolgt von der AfD mit knapp 20 Prozent. Die Ampelparteien SPD und Grüne sacken ab in Richtung 10 Prozent. Alle anderen Parteien müssen um den Einzug in den Bundestag fürchten. Die CDU braucht danach Koalitionspartner. Da sie Gespräche mit der AfD verweigert, bleiben nur die Versagerparteien SPD und Grüne. Damit wird die Energiewende ohne Einschränkungen fortgeführt, denn die CDU will laut Parteibeschluss unter Federführung ihres Vorsitzenden, Friedrich Merz, weiter das Klima retten.

Doch die Klimarettung dürfte weitgehend vorgeschoben sein zur Rettung der Profite durch die Energiewende. Viele CDU Mitglieder profitieren von dem Bau, dem Betrieb und der Finanzierung der Wind-, Solar- und Biogasanlagen. Die hohen Erträge sind durch die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre garantiert. Diese Profiteure der Energiewende werden massiv gegen ein Ende der Energiewende ankämpfen. Doch mit der Fortführung der Energiewende, die den Niedergang der deutschen Wirtschaft und die Kaufkraftverluste der Bürger verstärkt, schwinden auch die Profite. Ein Verlängern der

Energiewende wird uns allen große Wohlstandsverluste bringen.

Viele Bürger, die schon jetzt mit geringen Einkommen oder Renten an der Armutsgrenze leben, werden aufbegehren. Soziale Unruhen sind programmiert. Auch die bisherigen Profiteure verlieren, wenn die große Masse der einkommensschwachen Bevölkerung die Energie nicht mehr bezahlen kann.

Sofortmaßnahmen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Was müsste getan werden? Sofort sollte der Bau weiterer „grüner“ Energieanlagen gestoppt werden. Das gilt auch für die CO₂-Bepreisung, den Handel mit CO₂-Zertifikaten und CO₂-Grenzwerte im Abgas aus fossilen Brennstoffen. Der Bau der Stromtrassen von Nord nach Süd sollte aufgegeben werden. Kohlekraftwerke in Verbrauchernähe sind viel preiswerter. Allein mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis deutlich fallen.

Ferner müssen alle stillgelegten Kraftwerke reaktiviert werden, sofern das wirtschaftlich sinnvoll ist. Die heimische Braunkohle muss zur Verstromung stärker genutzt werden. Sie liefert die günstigste Energie. Neue Kraftwerke sind zu planen und zu bauen. Sie sollten vorwiegend mit heimischen Energieträgern betrieben werden. Dazu muss Fracking zur Förderung von Erdöl und Erdgas in Deutschland erlaubt und unterstützt werden. Steinkohle sollte weiterhin importiert werden. Eine Förderung in Deutschland ist wegen der tiefen Lagerung unwirtschaftlich. Kernkraftforschung sollte wieder unterstützt werden. Atomenergie ist die mittelfristige Energie der Zukunft. Zurzeit allerdings ist der Strom aus neuen Kernkraftwerken unwirtschaftlich teuer.

Probleme zur Beendigung der Energiewende

Ein Problem sind die installierten „grünen“ Stromerzeuger. Hier ist viel Kapital investiert. Ein Abschalten ohne finanziellen Ausgleich würde viele Anleger und Banken in den Ruin treiben. Ein Zusammenbruch der Wirtschaft ist dann zu befürchten. Um das zu vermeiden, muss der Rückbau der „grünen“ Anlagen planmäßig über einen längeren Zeitraum stattfinden. Zur Finanzierung können Einsparungen bei den Stromkosten dienen.

Das Ende der Energiewende ist mit einem großen Aufwand verbunden. Doch am Ende gibt es Licht. Ein Weitermachen dagegen führt in den wirtschaftlichen Abstieg auf das Niveau eines Entwicklungslandes. Bis jetzt sind alle Parteien für ein Weitermachen bis auf die AfD. Wenn viele Mitglieder der CDU zur Werteunion wechseln, könnte die kommende Wahl doch eine Mehrheit für die Beendigung der Energiewende bringen. Der Bürger hat eine schwere Wahl zu treffen.

Leider verbreiten die meisten Medien, voran der öffentlich rechtliche

Rundfunk und das Fernsehen, weitgehend nur die Regierungspolitik und hoffieren linke Parteien und Gruppen. Eine objektive Berichtserstattung sucht man vergebens. Dies ist eine indirekte Wahlbeeinflussung.

Wasserstoff wird jetzt noch grüner!

geschrieben von Admin | 27. November 2024

Von PETER WÜRDIG |

Welche Farbe hat Wasserstoff? Nun, wenn es richtig knallt, und das kommt bei Wasserstoff häufig vor, und wenn sich dann der Rauch verzieht, dann sieht es erst mal grau aus. Tatsächlich ist Wasserstoff unsichtbar und hat also überhaupt keine Farbe. Nun wird Wasserstoff seit Jahrzehnten in der chemischen Industrie in beträchtlichen Mengen verwendet. Dieser Wasserstoff wird aus Erdgas hergestellt und dabei fällt auch CO₂ an, und das ist den Klima-Gläubigen ein Dorn im Auge, deshalb hat man dem Wasserstoff politische Farben zugeordnet.

Der als „grün“ bezeichnete Wasserstoff ist dann nur der, der durch Elektrolyse von Wasser erzeugt wird, wobei dann nur Strom aus sog. „erneuerbaren Energien“ verwendet werden darf. Die Versuche zu diesem Zweck hat man auch schon relativ früh gestartet, nämlich im Jahre 2004 auf der Insel Utsira (Norwegen). Da sollten damals zehn Haushaltungen versorgt werden, entweder mit Windstrom direkt oder, wenn der Wind nicht weht, über eine Brennstoffzelle oder einen mit Wasserstoff betriebenen Generator.

Diesem Versuch habe ich in meinem Film „Drei Inseln / drei Pleiten“ ein Kapitel gewidmet. Allerdings gab es technische Probleme, und die Kosten waren so hoch, dass man schon nach zwei Jahren alle Anlagen wieder abgebaut hat. Die beteiligten Firmen (u.a. Enercon aus Niedersachsen) machen seitdem einen großen Bogen um diese Insel.

Das grundsätzliche Verfahren, dass man die Lücken in der Versorgung, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, durch gespeicherten Wasserstoff ausgleichen will, ist nach wie vor die herrschende Idee der Energiewende. Allerdings ist immer noch völlig ungeklärt, wo man die benötigten Mengen an grünem Wasserstoff herbekommen kann.

Wenn schon grüner Wasserstoff knapp ist, stellt sich die Frage, kann man den nicht noch grüner machen? Für Ideen dieser Art haben wir ja die EU, und darüber berichtet jetzt die Nordwest-Zeitung. Wörtlich heißt es:

„EU-Vorgaben sorgen für hohe Kosten für grünen Wasserstoff“. Nach den Vorgaben, die sich die Bürokratie in Brüssel ausgedacht hat (RED II-Richtlinie), müssen Unternehmen den benötigten Strom fast vollständig über individuell ausgehandelte Stromlieferverträge, sogenannte „Power Purchase Agreements (PPAs)“, aus Erneuerbaren Energien (EE) beziehen.

Für Wasserstoff-Elektrolyseure, die ab 2028 in Betrieb gehen, dürfen diese nur mit neuen Wind- oder Solaranlagen abgeschlossen werden, die keine Förderung erhalten haben. Man sieht, in Brüssel lebt man wohl in der Utopia? Der Ansatz, den Wildwuchs an Subventionen einzudämmen, ist ja lobenswert, aber auch nach über 20 Jahren der Bemühungen um eine Energiewende gibt es in Deutschland (und in der EU) nicht eine einzige Wind- oder Solaranlage, die nicht von Subventionen lebt.

Weiter heißt es bei der EU-Vorgabe: „Zudem darf ab 2030 der Wasserstoff nur noch stündlich genau dann produziert werden, wenn auch die EE-Anlage Strom produziert.“ Auch das ist völlig unrealistisch, denn der Sinn der Wasserstoff-Produktion war ja gerade der, dann auf Wasserstoff auszuweichen, wenn Strom gerade nicht mehr abgenommen werden kann. Beides gleichzeitig zu schaffen, Strom und Wasserstoff zu produzieren, übersteigt die Möglichkeiten der EE-Anlagen bei weitem.

Man hat den Blick für die Realitäten vollkommen verloren. Stefan Dohler, Vorstandsvorsitzender des Oldenburger Energiekonzerns EWE, warnt, die aktuellen Vorgaben der EU für „grünen“ Wasserstoff würden die Produktion um mehr als 50 Prozent verteuern. Allerdings, niemand weiß heute, wie teuer der grüne Wasserstoff auch schon ohne diese Vorgaben werden wird. Aus all diesen Regelungen und Bemühungen wird nur eines klar, auf die Wasserstoff-Wirtschaft werden wir wohl noch lange warten müssen, falls die denn jemals kommt.

Der Aktionskreis Energie und Naturschutz (AKEN) e.V. und der Deutsche Arbeitgeberverband e.V. u.a. haben einen Offenen Brief an CDU/CSU-Führungskräfte geschrieben

geschrieben von Admin | 27. November 2024

Sehr geehrter Herr Dr. Merz, sehr geehrter Herr Dr. Söder,

sehr geehrter Herr Dr. Linnemann, sehr geehrter Herr Huber,
sehr geehrter Herr Spahn, sehr geehrter Herr Dr. Lenz,

im Anhang darf ich Ihnen den Offenen Brief des Aktionskreis Energie und Naturschutz AKEN e.V. sowie des Deutscher Arbeitgeberverband e.V. zuleiten. Wir machen uns große Sorgen, ob die Union bis zur Bundestagswahl die Größe der Herausforderung begreift, die Energiepolitik so weit umzugestalten, dass die deutsche Wirtschaft wieder überlebensfähig wird.

Im Kern geht es darum, dass die Politik ein Design-to-cost-Programm für die Energiepolitik gestaltet. Nach unserer Auffassung ist die Union die einzige Kraft, der dies derzeit zuzutrauen ist.

Wir schreiben Sie an (Kopie an die MIT-Bundesvorsitzende), weil Sie als Vorsitzende, Generalsekretäre und energiepolitisch Zuständige in besonderem Maße die Verantwortung für die grundsätzlichen Weichenstellungen in der Energiepolitik tragen.

Den Brief werden wir ab Montag auch öffentlich breit bekanntmachen, um Ihnen den notwendigen Rückenwind für politische Veränderungen zu erzeugen.

Gerne tragen wir auch weiterhin dazu bei, volkswirtschaftlich und umweltpolitisch sinnvolle Regelungen in der Energiepolitik zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Björn PetersOffener_Brief